

Aufschlüsselungen über die jeweilige Höhe dieser Mengen von den Verwaltungen des öffentlichen Gesundheitswesens erhielt. Da niemals Kontrollen stattfanden, konnte er in aller Ruhe und Sicherheit seine schmarotzerhafte Tätigkeit ausüben. Er verdiente an dieser Tätigkeit allein durch die Handelsspanne monatlich rund 6600 DM. Blasche hatte durch diese Tätigkeit eine sogenannte amtlich anerkannte Existenzberechtigung als Kreishändler für das Gesundheitswesen erworben. Er dehnte seine Spekulantentätigkeit auch auf andere Gebiete aus. Er kaufte feinste Textilwaren aller Art — Unterwäsche, Bekleidungsgegenstände, Teppiche u. a. m. — in der Hauptsache von privaten Textilunternehmen auf und verkaufte sie mit unvorstellbaren Gewinnen weiter. Dadurch gelang es dem Textilspekulanten Blasche mit Hilfe der Saboteure in unserer staatlichen Verwaltung und unserem staatlichen Großhandel, diese Waren in einem Umfang, der heute nicht mehr festzustellen ist, zu niedrigsten Preisen, ohne HO-Akzise, zu erhalten. Er ließ sich diese von ihm ausgesuchten Waren von dem damaligen Disponenten der Deutschen Handelszentrale Textil, Zentrale Chemnitz, Wötzold, als „Überhangware“ bescheinigen. Diese angeblichen Überhänge waren jedoch aus der neuesten Produktion und das Material anderen Plankontingenten entzogen.

Wötzold sorgte auch dafür, daß Verträge mit den Herstellerfirmen abgeschlossen und daß diese Waren nicht der HO oder dem Konsum angeboten wurden. Zum Bezug dieser Waren benötigte Blasche ferner „Zusatzkontingente für den kommunalen Bedarf“, um sie zu den niedrigsten Preisen — ohne HO-Akzise — zu erhalten. Hierbei half ihm der ehemalige Gruppenleiter in der Materialversorgung der damaligen Landesregierung Sachsen-Anhalt, Poniecki, der dafür sorgte, daß Blasche die entsprechenden Zusatzkontingente vom Staatssekretariat für Materialversorgung in Berlin erhielt, über die er frei verfügen konnte, ohne die gesetzlich vorgeschriebene Warensteuerung. Auf diese Weise erscharte sich Blasche Millionenumsätze und brachte sein ergaunertes Vermögen in „westliche Sicherheit“. Er fügte dadurch unserer Volkswirtschaft unermeßlichen Schaden zu, worunter am meisten unsere werktätige Bevölkerung zu leiden hatte.

Blasche konnte dies nur erreichen, indem ihm Saboteure in unseren staatlichen Verwaltungsorganen, wie Poniecki und Wötzold, die amtlichen Wege „ebneten“. Die Erfolge unserer Werktätigen wurden zum Gewinn eines Textilspekulanten.

Blasche verschwand nach Westberlin und hinterließ 200 000 DM öffentliche Schulden, wovon allein rund 112 000 D-Mark auf die Deutsche Handelszentrale entfielen. Natürlich wurde die verbrecherische Tätigkeit des Blasche, Poniecki und Wötzold von vielen Angestellten in den staatlichen Organen gesehen, aber niemand begann diese Verbrecher zu entlarven und ihnen das Handwerk zu legen, sondern sie schwiegen und machten sich dadurch zum Mitschuldigen an diesem Verbrechen.

Welche Schlußfolgerungen zieht nun die neue Bezirksverwaltung Halle aus dem Prozeß gegen Dietrich und Konsorten?

In der neugebildeten Bezirksverwaltung Halle wurden zunächst heftige Diskussionen geführt, die zum großen Teil erkennen ließen, wie weit die Angestellten schon der feindlichen Beeinflussung unterlegen waren.

So führte z. B. der ehemalige Kollege Maskos, Hauptabteilungsleiter für Materialversorgung in der damaligen Landesregierung Sachsen-Anhalt und später Leiter der Plankommission in der neuen Bezirksverwaltung Halle, eine solche Diskussion, wonach Dietrich lediglich wegen unbürokratischer Arbeitsweise zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei und außerdem nur einen Planfehler korrigiert hätte. Infolgedessen müßten die Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung Halle künftig noch bürokratischer arbeiten. Nach der Meinung des Abteilungsleiters Borth aus der Abteilung Materialversorgung der Bezirksverwaltung Halle sind sogar wahrscheinlich die Saboteure zu Unrecht verurteilt worden.

Diese feindlichen Diskussionen der leitenden Funktionäre in der neuen Bezirksverwaltung bewirkten, daß viele Angestellten nun keine Verantwortung mehr übernehmen wollten.

Hierzu nahmen die Genossen in der Bezirksverwaltung Halle in den Partei- und Belegschaftsversammlungen ersthaft Stellung. Der Genosse Profos, bis vor einem Jahr noch Bergarbeiter, schilderte, daß ein solches versöhnlerisches Verhalten, wie es in den Diskussionen zum Ausdruck kam, im Bergwerk überhaupt nicht möglich sei. Er sagte: „Die Bergarbeiter führen täglich den Kampf um die Planerfüllung und die Erhöhung ihrer Normen, weil sie wissen, daß die Partei und die Regierung dafür sorgen, daß ihnen die Erfolge ihrer Leistungen wieder zugute kommen, deshalb sollten alle Angestellten ebenfalls höhere Leistungen vollbringen.“ Die Genossen begannen nun mit einer kritischen und selbstkritischen Einschätzung ihrer eigenen Arbeit und führten einen schonungslosen Kampf gegen das versöhnlerische und parteischädigende Verhalten zahlreicher Genossen in ihren Reihen. Sie trennten sich von den feindlichen Elementen, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, und leiteten Parteiverfahren gegen solche Genossen ein, die die Einheit und die Reinheit der Partei befleckt hatten. Einige Genossen erhielten schwere Parteistrafen.

Die Genossen in der Bezirksverwaltung Halle, im Staatssekretariat für Materialversorgung und im Staatlichen Großhandel sollten aber noch weitere Schlußfolgerungen für die Verbesserung ihrer Arbeit aus diesem Prozeß ziehen und konkrete Beschlüsse hierzu in den Parteiorganisationen fassen, um durch die breite Anwendung der Kritik und Selbstkritik die Werktätigen zur Wachsamkeit und Unduldsamkeit gegenüber bestehenden Fehlern und Mängeln erziehen.

In der Entschließung des Zentralkomitees der SED zu den Fragen der Kritik und Selbstkritik und zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe der Partei, der Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung heißt es:

„Die offene und breite Anwendung von Kritik und Selbstkritik, die rasche Überwindung der Schwächen und Mißstände sind um so dringender, als die feindlichen Klassenkräfte die durch Selbstzufriedenheit und Bürokratie hervorgerufene Abstumpfung der politischen Wachsamkeit und jeden Mißstand für ihre verschärfte Kriegshetze und für ihre verstärkte Sabotage-Diversionstätigkeit auszunutzen versuchen.“

(Abgedruckt als Beilage zu „Neuer Weg“ Nr. 6/1952)

Deshalb sollten die Genossen in den Parteiorganisationen in den staatlichen Organen sich folgende Aufgaben stellen:

1. Die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter der Belegschaft zur konsequenten und disziplinierten Durchführung der Beschlüsse der Partei, der Gesetze und Verordnungen der Regierung zu entwickeln?
2. die strenge Kontrolle über die Durchführung der Beschlüsse, Gesetze und Verordnungen zu organisieren, und die Belegschaft in die Kontrolle mit einzubeziehen;
3. die Werktätigen zur ideologischen und politischen Wachsamkeit gegenüber den offenen und versteckten Methoden der feindlichen Sabotage und Diversion zu erziehen;
4. die Entwicklung der Kritik und Selbstkritik, nicht nur um die Fehler und Mißstände aufzudecken, sondern um einen energischen und konsequenten Kampf für ihre Beseitigung zu führen;
5. das Einwirken der Parteimitglieder auf die übrigen Kollegen, damit sie lernen, persönliche Verantwortung zu tragen;
6. die verstärkte und qualifizierte marxistisch-leninistische Schulung der Parteimitglieder, um sie zu befähigen, die Theorie im Leben richtig anzuwenden.

Führen die Genossen in den staatlichen Organen u. a. diese Aufgaben gut durch, dann helfen sie, das Staatsbewußtsein der Mitarbeiter im Staatsapparat zu erhöhen und tragen damit wesentlich zur Festigung unserer demokratischen Staatsmacht bei.